



BILD: SHUTTERSTOCK ILLUSTRATION SOURCE

Freie Bildung statt freier Märkte

Gastkommentar. Das Verwunderliche sind nicht die Proteste an unseren Universitäten, sondern dass die Studierenden und Lehrenden sich so lang alles gefallen ließen.

THOMAS SCHMIDINGER

Seit Jahren werden die Universitäten finanziell und strukturell zugrunde gerichtet. Der Bologna-Prozess führte bislang weniger zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums als zur neoliberalen Zurichtung der Universitäten. Die in diesem Zusammenhang eingeführten Bachelor-Studien bilden extrem verschulte Schmalspurstudien minderer Qualität.

Obwohl Österreich im internationalen Vergleich sehr wenig für seine Universitäten ausgibt und über eine wesentlich niedrigere Akademikerquote verfügt als der OECD-Durchschnitt, werden immer noch die angeblich zu vielen Studierenden als Problem gesehen. Das Problem sind jedoch die zu geringen Mittel, woran auch Wissenschaftsminister Hahn 34 Millionen Euro nichts ändern. Wie bei so vielem in der österreichischen Wissenschaftspolitik, handelt es sich dabei ohnehin um mehr Schein als Sein. Dieses Geld wurde nicht zusätzlich für die Universitäten freigegeben, sondern bereits im April für die Unis budgetiert und bislang nur als „Ministerreserve“ vom Gesamtbudget zurückgehalten. Irgendwann wären sie ohnehin den Universitäten wieder zugeflossen.

Am extrem schlechten Betreuungsverhältnis in den großen Studienrichtungen ändert dieses Flüssigmachen der „Ministerreserve“ ebenso wenig wie an den prekären Beschäftigungsverhältnissen vieler Lehrender und Forschender.

Große Teile der Lehre an den österreichischen Universitäten

werden von Lektorinnen und Lektoren getragen. Diese bekommen immer nur von Semester zu Semester Verträge für einzelne Lehrveranstaltungen. Sogar bereits zugesagte Lehrveranstaltungen werden oft in letzter Minute wieder abgesagt. Die Bezahlung – für einen zweistündigen Lehrauftrag gerade über der Geringfügigkeitsgrenze von knapp 358 Euro brutto, im Monat (!) – wird auch nicht mehr, wenn statt zwanzig Studierenden gleich drei Mal so viele in einem Seminar sitzen.

Wir brauchen eine generelle Debatte über das Bildungssystem.

Thomas Schmidinger, Lektor

Obwohl Lektorinnen und Lektoren in vielen sozial- und geisteswissenschaftlichen Studienrichtungen mehr als die Hälfte der Lehrveranstaltungen abhalten, haben sie in den meisten Studienrichtungen weder Arbeitsplätze noch Zugang zu verschiedenen Förderungen der Universitäten – etwa für den Besuch internationaler wissenschaftlicher Konferenzen. Wer nicht außerhalb der Universitäten über ein gesichertes Standbein verfügt, kommt damit kaum über die Runden. Viele müssen sich neben den Lehraufträgen von einem kurzfristigen Forschungsprojekt zum nächsten oder mit Nebenjobs durchschlagen.

Die von den Universitäten nun geplanten Senior Lecturer, die die bestehende Lehre nicht ergänzen, sondern Lektoren

teilweise ersetzen sollen, stellen in den meisten Fächern allerdings keine Lösung dar. Wer – so wie sich die Rektorate das derzeit vorstellen – 13 bis 16 Wochenstunden lehren soll, findet keine Zeit mehr für Forschung, was zur Trennung von Forschung und Lehre und zur massiven thematischen Einengung des Lehrangebots führen würde.

Wir haben in Österreich insbesondere für den wissenschaftlichen Nachwuchs – auch über die Situation der Lektorinnen und Lektoren hinaus – ein ernsthaftes Problem. War der alte Mittelbau, also alle wissenschaftlichen Mitarbeiter ohne ordentliche Professur, noch überwiegend beamtet und damit unkündbar, so setzte sich im Kontext des neoliberalen Umbaus von Beschäftigungsverhältnissen auch an den Universitäten die Idee durch, den universitären Arbeitsmarkt zu liberalisieren. Das konnte mit dem Universitätsgesetz (UG 2002) auch durchgesetzt werden. Seit der Ausgliederung aus der Bundesverwaltung – festgelegt im UG 2002 und in Kraft getreten Anfang 2004 – werden nur noch befristete Stellen für den Mittelbau verge-

ben, die durch die universitäre Auslegung der Kettenvertragsregelung auch nicht mehr verlängert werden. Zugleich wurden die Mitbestimmungsrechte des Mittelbaus – aber auch der Studierenden – massiv eingeschränkt. Die Universitäten wurden entdemokratisiert und zum monokratischen Herrschaftsbereich des Rektorats. Die Probleme einzelner Studienrichtungen und Fakultäten wurden so inneruniversitär kaum mehr thematisierbar.

Die Forderungen der Studierenden drehen sich damit zu Recht auch um Fragen der universitären Strukturen. Die Verteidigung des freien Hochschulzugangs, die Demokratisierung und Ausfinanzierung der Universitäten, die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetz, eine Frauenquote von 50 Prozent beim universitären Personal und die Umwandlung prekärer Dienstverhältnisse an den Universitäten in dauerhaftere und sozial abgesicherte Arbeitsplätze sind jedenfalls auch im Interesse der Lehrenden!

Dabei kann es allerdings nicht darum gehen, in die vermeintlich „guten alten Zeiten“ vor dem Bologna-Prozess zurückzukehren.

Trotz der Öffnung des österreichischen Bildungssystems in den 1970er-Jahren blieb die soziale Bildungsmobilität in Österreich immer gering. Die OECD weist immer wieder darauf hin, dass es nur wenigen Staaten gelungen ist, einen Hochschulabschluss weitgehend unabhängig von der sozialen Herkunft zu machen.

Obwohl das Studium in Österreich weitgehend steuerfi-

Zur Person



Thomas Schmidinger (geboren 1974) ist Politikwissenschaftler, Lektor an der Universität Wien und Präsident der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen (www.ig-elf.at). Er forscht über Migration/Integration und Internationale Politik. Zuletzt brachte er das Buch „Dem Krieg entkommen? Tschetschenien und TschetschenInnen in Österreich“ heraus.

nanziiert ist, war und ist unser Bildungssystem davon geprägt, dass der Anteil von Akademikerkindern unter Studierenden zweieinhalb Mal höher ist, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. In dieses Bild passt auch die Tatsache, dass der Anteil an Nachkommen der sogenannten „Gastarbeiter“ unter den Studierenden verschwindend gering ist.

In diesem Sinn muss eine gesamtgesellschaftliche Debatte über unser Bildungssystem geführt werden – eine Debatte, die wesentlich weiter greift, als nur über die Universitäten zu sprechen. Diese Debatte müsste die schwere Krise des dualen Ausbildungssystems der Lehre ebenso umfassen, wie die Kritik der extrem frühen Selektion in Hauptschulen und Gymnasien, die auch durch die neue Mittelschule als zusätzlichen Schultyp bislang nicht beendet wurde.

Freie und offene Universitäten müssen auf einem durchlässigen Bildungssystem aufbauen, das bereits im Vorfeld mündige Studierende heranwachsen lässt und sich nicht als Selektionsschleuse für die Reproduktion der Bildungseliten versteht.



Wissenschaftsminister Hahn (ÖVP) war „unspektakulär“

„Ich habe mit Jus begonnen und bin dann auf Philosophie umgestiegen. Ich hätte mir damals umfassendere Infos über das reichhaltige Studienangebot gewünscht, wie es etwa mit dem ‚Studienchecker‘ nun geboten wird. Während meines Studiums war ich bereits politisch aktiv und habe nebenbei gearbeitet. Was als Sammeln von Erfahrungen begonnen hat, wurde bald zum Beruf. Insgesamt war ich ein ‚unspektakulärer‘ Student.“



Der Grüne Peter Pilz „war immer fleißig und brav“

„Ich war immer fleißig und brav, vor allem bei meiner ersten Hörsaalbesetzung gleich nach dem Immatrikulieren. Neben Volkswirtschaft habe ich auf der Universität Wien vor allem selbstständig denken und handeln gelernt. Aber ich verstehe, dass die Volkspartei will, dass die österreichischen Universitäten mehr Hahns und weniger Pilze produzieren.“

